

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 112 (1986)
Heft: 28

Rubrik: Bundeshuus-Wösch

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

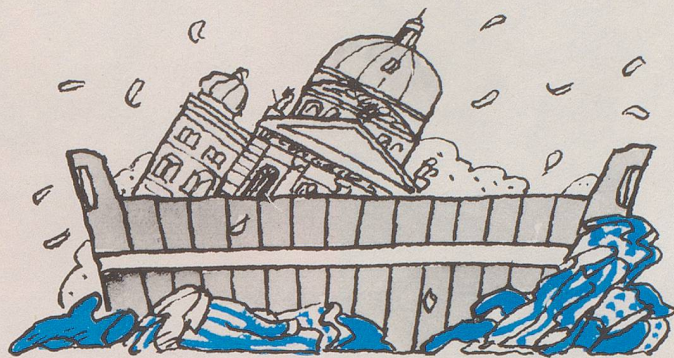
Mattenhofstrasse 5, 3007 Bern, Tel. 031/61 21 01. Diese Adresse samt Telefonnummer hätte man sich eigentlich merken müssen. Es ist die Anschrift des neuen Preisüberwachers Odilo Guntern. Seit dem 1. Juli arbeitet er zeitweise in Bern. Viel zu tun bekommt «Monsieur Prix III» (nach Schürmann und Schlumpf) allerdings kaum. Nachdem es das Parlament fertigbrachte, entgegen der Mehrheit für die Annahme der Preisüberwachungsinitiative ein Ausführungsgesetz zu verabschieden, mit dem vor allem festgehalten wird, wozu der Preisüberwacher *nichts* zu sagen hat, muss sich Herr Guntern eigentlich recht unnützlich vorkommen. Das Gesetz macht ihn zum zahnlösen Teddybären. Der zur Harmlosigkeit verknurrte Preisüberwacher wird denn auch nur drei oder vier Tage pro Woche in Bern tätig sein. Als Anwalt hat er in seiner Praxis in Brig an den übrigen Tagen bestimmt viel mehr zu tun.



Der Bundesrat hat 350 000 Franken pro Jahr bewilligt, und zwar für ein ganz zartes Pflänzchen: Mit diesem Geld sollen, wie es aus dem Departement Aubert hiess, «die Mittel der Wissenschaft für die Friedenssicherung noch besser ausgeschöpft werden». Vergleicht man die Aufwendungen für die militärische Landesverteidigung (1986: 4,6 Milliarden Franken) mit diesem kleinen Häppchen für die Friedensforschung, wird eine interessante Relation sichtbar: Der Sicherung unserer Neutralität durch die Armee traut man im Bundeshaus – rein finanziell gerechnet – 13 143 mal mehr, als wenn dieselbe Aufgabe mit theoretischen Erkenntnissen aus der Friedensforschung gelöst werden müsste. Mit den 350 000 Franken liesse sich zumindest aber eine beachtliche Anzahl von Friedenstauben durchfüttern.



Die Schweizer Alarmorganisation, wie sie nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl mehr schlecht als recht zu funktionieren begann oder hätte beginnen sollen, wurde vom Berner Kantonschemiker Urs Müller in einem Interview mit der *Schweizer Illustrierten* hart kritisiert. Da sei einiges zu langsam angelaufen, zudem sei bei der Bestimmung von Grenzwerten bei Lebensmitteln einiges schief gegangen. «Beim nächsten Mal» – Müller rechnet anscheinend fest damit – werde



Bundeshuus-Wösch

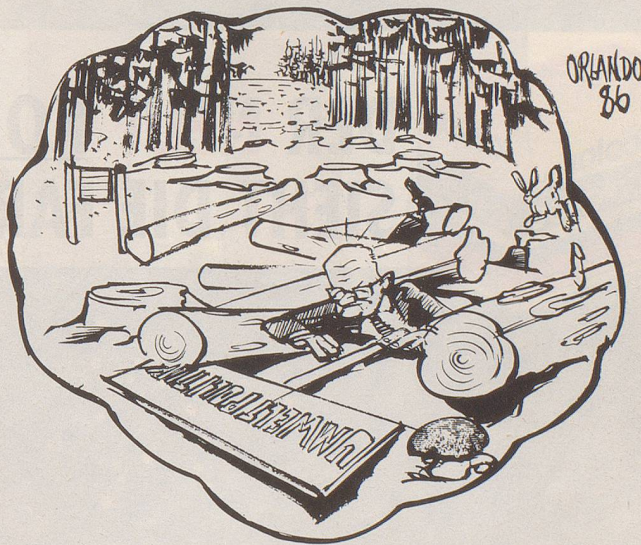
er Messungen auf eigene Faust unternehmen, wenn an der Organisation der Kommission für Atomschutz (KAC) nichts geändert werde. In einem föderalistischen Staat wäre es tatsächlich angebracht, wenn die Kantone auf eigene Faust Messungen durchführen und Grenz-

werte festlegen würden. Man müsste dann auch auf die Frage nach Strahlenintensität und Grenzwerten die für Helvetien typische Antwort geben: «Das ist bei uns von Kanton zu Kanton verschieden.»



Vom luxemburgischen Ausussenminister Jacques Poos erfuhren Journalisten von einer interessanten Dissertation. Der mit dieser Arbeit einst zum Herrn Doktor promovierte, ist der heutige österreichische Bundespräsident Kurt Waldheim. In dieser Dissertation soll er 1943 den Anschluss der Schweiz sowie der Beneluxländer ans Grossdeutsche Reich gefordert haben. Das Departement für auswärtige Angelegenheiten liess nun über seinen Botschafter in Wien eine solche Dissertation anfordern. Man will selbst lesen, was da geschrieben steht. Pikant wird die Sache, wenn stimmt, was Herr Poos behauptet. Wie will man sich Bundespräsident Waldheim gegenüber verhalten, wenn er den Anschluss der Schweiz als 25jähriger tatsächlich einmal gefordert hat? Wahrscheinlich genau so wie allen Schweizern gegenüber, die seinerzeit dieselbe Forderung auch stellten und sogar der Überzeugung waren, sie werde erfüllt ...

Lisette Chlämmerli



Fata «Montana»